№ 4. Abend-Ausgabe. Berlin. Freitag, 3. Januar 1913.

Vossische Zeitung

Begründet 1704.

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Im Verlage Vossischer Erben. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Str. 8/9., Berlin C.

Telephon: (Zentrale im Hause) Amt Zentrum 1545., 1543., 7462., 7990., für Ferngespräche Amt Zentrum 10640., 10641.

Die politische Krise in Spanien.

Der Lösung der Kabinettskrise ist eine Empörung der gesamten konservativen Partei unter Führung Mauras gefolgt. Die gewaltige persönliche Macht des alten konservativen Führers, der als der „eiserne Mann" von seinen Freunden bewundert, als der „Henker" von den Revolutionären tödlich gehaßt wird, hat sich bei dieser Manifestation bewährt; fast geschlossen hat die Partei dem Lande den Dienst aufgesagt. In allen politischen Kreisen des Landes ist die Bestürzung über einen solchen in der parlamentarischen Geschichte des Landes unerhörten Schritt groß, die Regierung hält Beratungen ab, und auch aus den Aeußerungen der liberalen Presse hört man trotz eines zur Schau getragenen Triumphes den Unterton der Verlegenheit heraus.

Was jetzt werden wird, ist noch unklar; zunächst spricht man von einer Rekonstruktion der konservativen Partei unter dem gemäßigteren Führer Dato. Jedenfalls aber liegt es im Interesse der Liberalen, daß das jetzige Vakuum, das alle parlamentarische Arbeit zu lähmen droht, bald beseitigt wird. Seit langen Jahren haben in Spanien das konservative und das liberale Regime einander abgelöst, und die Parteien haben mit einander gewirtschaftet. So haben auch Maura und der verstorbene Canalejas mit einander paktiert und sich auf die gegenseitige Ablösung eingerichtet.

Den Grund, weshalb Maura und sein getreuer Adjutant Lacierva das Signal zum Abmarsch der Konservativen gaben, hat er nicht verborgen. Er beklagt sich in seinem an die Präsidenten des Senats und der Kammer gerichteten Schreiben darüber, daß der König es nicht für nötig gehalten habe, ihn vor der Lösung der Kabinettskrise zu befragen. Im übrigen richtet er die gewohnten Angriffe gegen die Regierung wegen ihrer Finanzpolitik und ihrer nachgiebigen Haltung gegenüber den Revolutionären. Es ist wohl zu verstehen, daß der Groll über das Verhalten des Königs Alfons zum mindesten ein ebenso starkes Motiv war als die Enttäuschung Mauras darüber, daß er jetzt nicht wieder, wie er gehofft hatte, ans Ruder gekommen ist. Der alte Führer der „mauristischen Partei", der weiß, daß er einen Machtfaktor hohen Ranges im Lande bildet, mußte diese brüske Ausschaltung der Konservativen als Verletzung empfinden. Zudem ging daraus hervor, daß der König noch für längere Zeit beabsichtigt, die liberale Regierung aufrecht zu erhalten, während doch die in Spanien übliche Dauer eines Parteiregimes schon längst überschritten war.

Mauras angekündigter Rückzug aus dem politischen Leben wird in der gegnerischen Presse mit Artikeln begrüßt, in denen der tiefe persönliche Haß gegen diesen Mann der brutalen Faust lauten Ausdruck findet. Man vergleicht seine Stellung und seine Gewaltpolitik mit der des Diktators Joao Franco in Portugal. Und es wird mit Befriedigung empfunden, daß dieser Mann, um den einst der Ferrer-Streit tobte, auf den so viele Attentate gerichtet waren, und der allen diesen Angriffen mit eherner Stirn trotzte, nun freiwillig seiner Macht entsagen will. Maura soll ja schon vor einiger Zeit erklärt haben, er sei des Kampfes müde. Aber diese Erklärung wurde nicht ernst genommen. Es wird abzuwarten sein, ob sein jetziger Schritt in der Tat als das Ende seiner politischen Laufbahn anzusehen ist.

Die gegen die liberale Partei gerichteten Vorwürfe, die besonders auch von klerikalen Blättern erhoben wurden, haben kein schweres Gewicht. Wenn die Finanzen sich zur Zeit in etwas kritischem Zustande befinden, und die großen Zahlen des Defizits erschrecken, so weist man demgegenüber darauf hin, daß im wesentlichen die durch den Riffkrieg verursachten starken Ausgaben daran schuld sind, und daß gerade die konservative Regierung diesen Krieg begann. Ferner darauf, daß die großen Flottenforderungen, die auf dem konservativen Programm stehen, die Finanzschwierigkeiten noch größer machen würden. Im übrigen hofft man zuversichtlich auf eine Gesundung der Finanzen. Die Politik gegenüber den Republikanern wird besonders in den konservativ-klerikalen Blättern angegriffen, und man scheut sich nicht, dem König wegen seines Eintretens für die liberalen Schwäche und Furcht vor Bombenattentaten nachzusagen. Aber König Alfons XIII. hat wohl während seiner Regierung zur Genüge bewiesen, daß er sich vom Gefühl persönlicher Furcht nicht bestimmen läßt.

Die weiteren Folgen des konservativen Streiks werden voraussichtlich bald an den Tag treten. Es wurde eine Generalversammlung der Partei auf nächsten Mittwoch einberufen, in der über die künftige politische Haltung Beschluß gefaßt werden soll. Das Ergebnis dieser Versammlung wird jedenfalls auch auf die Entschließungen der Regierung Einfluß haben.

Kaiser Franz Josephs Befinden.

Heute vormittag waren in Berlin beunruhigende Gerüchte über den Kaiser Franz Josef verbreitet. Es hieß, daß das Befinden des Kaisers zu den äußersten Besorgnissen Anlaß gebe, und vielfach wurde selbst noch Schlimmeres geglaubt. Das Telephon zwischen Berlin und Wien war von Auskunftheischenden stark in Anspruch genommen, und auch in Berlin selbst bestürmte man die Stellen, von denen man vermutete, daß sie Näheres wissen müßten, mit telephonischen Anfragen. Alle die Gerüchte erweisen sich als unbegründet, wie sich aus nachstehendem Telegramm ergibt:

Wien, 3. Januar. Die Gerüchte über ein Unwohlsein des Kaisers sind vollkommen unbegründet. Der Kaiser, der gestern nachmittag einen längeren Spaziergang in der großen Galerie in Schönbrunn unternommen hat, erfreut sich des besten Wohlseins.

Die heutige Konferenz.

Konstantinopel, 2. Januar. Der Minister des Aeußern erklärte heute abend auf der Pforte dem Korrespondenten des Wolff'schen Tel.-Bur., die Pforte habe ihren Delegierten in London neue genaue Weisungen gesandt, die ihnen gestatteten, die Bevollmächtigten des Balkanbundes wissen zu lassen, daß die Pforte keine Insel des Aegäischen Meeres abtreten könne, daß sie dagegen geneigt sei, einige Berichtigungen der Grenze des Wilajets Adrianopel vorzunehmen, das aber vollkommen der Türkei verbleiben müsse. Weiter führte der Minister aus, daß jetzt ein größerer Schritt zum Frieden getan sei, wenn auch zunächst nur eine Einigung über das Schicksal Albaniens und Makedoniens vorhanden sei, die unter der Suzeränität des Sultans bleiben. (??) Von einem gesicherten Frieden zu sprechen aber gehe zu weit, da die Türkei in bezug auf Adrianopel unerbittlich sei und unbedingt den Krieg wieder beginnen werde, falls diese Stadt nicht der Türkei belassen werde. Bisher seien nur territoriale Fragen behandelt worden, aber auch die anderen, wie beispielsweise die der Dette Publique, verlangten noch eine ernste Erörterung.

Paris, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Die heutige Sitzung der Friedensunterhändler wird voraussichtlich folgenden Verlauf nehmen: Die türkischen Bevollmächtigten, welche die von ihnen erbetenen neuen Weisungen aus Konstantinopel erhalten haben, werden eine Karte mitbringen, in die die neue Grenze, die sie vorschlagen, eingetragen ist. Diese Grenze wird sicherlich Adrianopel nicht als bulgarisches Gebiet verzeichnen. Die Balkanverbündeten werden darauf erwidern, daß der türkische Gegenvorschlag unannehmbar ist und daß sie die ottomanischen Bevollmächtigten ersuchen müssen, in der nächsten Sitzung neue Vorschläge zu machen, die die Abtretung Adrianopels an Bulgarien in sich greifen.

Die ersten Zugeständnisse der Pforte, welche die Balkanverbündeten nicht entfernt so hoch einschätzen, wie die öffentliche Meinung, und die bei den Außenstehenden einen seltenen Optimismus gezeitigt haben, wurden, wie man hier bestimmt erfährt, dadurch veranlaßt, daß der Pforte die Meldung zuging, König Ferdinand habe sich mit dem Höchstbefehlenden der bulgarischen Streitkräfte nach dem bulgarischen Lager vor Tschatalbscha begeben und plane die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, wenn die Türkei bei ihrem System der Verschleppung verharren würde.

Die Grenzen Albaniens.

Eine albanesische Denkschrift.

London, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Der auf Sir Edward Greys Anregung geschaffene Botschafterausschuß nahm gestern zum ersten Male im neuen Jahre seine unverbindlichen Unterhaltungen wieder auf. Die erste dieser Sitzungen fand bekanntlich am 17. Dezember statt. Am 20. Dezember wurde die Konferenz dann über die Weihnachtsferien vertagt und es wurde jener Bericht herausgegeben, daß die Botschafterkonferenz die Autonomie Albaniens angenommen und gleichzeitig dem Königreich Serbien den Gebrauch eines Handelshafens am Adriatischen Meere zugesichert habe.

Die gestrige Konferenz dauerte etwa zwei Stunden. Der russische Botschafter Graf Benckendorff konnte nur zu Beginn und zum Schlusse der Sitzung je eine halbe Stunde zugegen sein. Er hatte in der Zwischenzeit eine wichtige Beratredung, die ihn fernhielt.

Wahrscheinlich behandelten die Botschafter diesmal die Grenzabstedung und die innere Organisation des neu zu schaffenden albanischen Staates.

Am Mittwoch abend sind in London drei Vertreter der provisorischen Regierung Albaniens eingetroffen: Mehmed Bey aus Koniya, Rassih Bey aus Dino und Philip Effendi aus Noga. Sie statteten gestern nachmittag dem Auswärtigen Amte einen Besuch ab, wo sie, wie schon gemeldet, vom Unterstaatssekretär Sir Arthur Nicolson empfangen wurden, der sein Bedauern aussprach, daß Sir Edward Grey nicht zugegen sein könne. Die drei Abgesandten überreichten eine Denkschrift, die an Sir Edward Grey, als Präsidenten des Botschafterausschusses, gerichtet ist. Das Schriftstück wird demnächst den Botschaftern vorgelegt werden. Es enthält eine Darlegung der Ansichten der provisorischen Regierung über die Abgrenzung und die künftige Staatsform Albaniens.

Die Denkschrift führt ungefähr folgendes aus: Es ist eine historisch beglaubigte Tatsache, daß das ethnologisch zusammengehörige albanesische Volk die gleichartigste und bedeutendste Völkergruppe der Balkanhalbinsel ist. Herkunft, Sprache, Sitte und Charakter unterscheiden es gänzlich von den Nachbarstämmen und geben ihm das eigene Gepräge. Die Geschichte des albanesischen Volkes ist voll blutiger Kämpfe zur Wahrung der Unantastbarkeit seines Gebietes. Zu keiner Stunde seines langen nationalen Bestehens hat Albanien eingewilligt, gänzlich auf sein Selbstbestimmungsrecht zu verzichten. Es hat in gewissen Momenten seiner Geschichte sich damit abfinden müssen, sich unter das Joch des Eroberers zu beugen, allein sein nationales Ideal blieb immer unberührt und die Unterwerfung war rein äußerlich. Albanien ist fest entschlossen, ein Element des Gleichgewichts und Friedens auf dem Balkan zu werden, aber um diese Aufgabe zu erfüllen, muß die nationale Homogenität, die es wohl zu wahren verstanden hat, ihre Krönung durch die Errichtung einer lebensfähigen, gerechten und dauerhaften Organisation erhalten. Diese Organisation kann nicht anders als in der unbedingten Selbständigkeit bestehen, denn diese allein ist imstande, jede Störung durch fremde oder veraltete Einflüsse fernzuhalten.

Die albanesische Nation ist überzeugt, daß der Balkanbund nicht aus dem Auge verliert, daß sein gemeinsames Vorgehen in gewissem Sinne die Fortsetzung der alten albanesischen Aufstände ist und daß die heutigen Erfolge der Verbündeten als die Früchte des Befreiungswerkes angesehen werden können, in dem sich die Albanesen in der Gegenwart wie in der Vergangenheit durch fortgesetzte Erhebungen und unermüdliche Kämpfe um die nationale Freiheit glänzend bewährt haben.

Wenn das Gewicht der Opfer, der ausgestandenen Leiden und des ertragenen Unglücks notwendig wäre zum Beweise des ungeschriebenen Rechtes jedes erwachsenen Volkes, sich selbst zu regieren, so könnten die Albanesen die strengen türkischen Gewaltmaßregeln als Beispiel anführen, deren Opfer sie noch kürzlich waren.

Heute, wo mit dringender Notwendigkeit die endgültige Lösung der Balkanfrage sich anbahnt, würde das albanesische Volk es nicht ertragen, daß ein Teil seiner Rechte geopfert würde, und seine Zukunft auf einer unsicheren Grundlage aufgebaut würde. Wenn einmal als Grundsatz „Der Balkan für die Balkanvölker" aufgestellt ist, so ist es schwer einzusehen, warum ein Teil der Balkanbevölkerung von dieser ebenso natürlichen wie gerechten Regel ausgenommen werden sollte. Ueberdies ist die völlige Pazifisierung des Balkans nicht denkbar, wenn nicht die Grenzen jeglicher politischer Einheit den natürlichen und ethnographischen Grenzen entsprechen. Es hieße, den Keim des Zwiespaltes und der Unruhen säen, wollte man Gebiete, in denen die albanesische Bevölkerung in der Ueberzahl ist, unter fremde Herrschaft geben.

Das albanesische Volk entspricht den Gefühlen der Nachbarvölker, wenn es erklärt, daß Friede und Ruhe auf dem Balkan nur unter der ausdrücklichen Bedingung erlangt werden können, daß man dem zukünftigen Staate Albanien eine homogene Gestaltung verleiht. Deshalb verlangt Albanien ausdrücklich seine natürlichen Grenzen, die sich aus den ethnographischen Bedingungen wie aus dem Rechte des Erstbesitzes ergeben, und es ist überzeugt, daß das wachsame Wohlwollen der Großmächte helfen werde, daß diese Grundzüge streng eingehalten werden.

Die Grenzen, die wir wünschen, so legt die Denkschrift weiter dar, laufen längs der Linie, die von der gegenwärtigen Grenze des Königreichs Montenegro ausgeht, und die Städte Ipek, Mitrowitza, Pritschtina, Uesküb und Monastir mit dem entsprechenden Hinterlande bis Metzowo einschließt und die gegenwärtige türkisch-griechische Grenze bis Prevesa beibehält.

Bei dem Anspruch auf diese Grenzführung hat das albanesische Volk nur den Wunsch im Auge, mit seinen Nachbarn dauernd herzliche Beziehungen herzustellen. Abgesehen von den ethnographischen geographischen und historischen Gründen, die für diese vernunftgemäße Festlegung der Grenzen sprechen, empfiehlt es sich, hinzuzufügen, daß Europa, wenn es diese natürlichen Grenzen beschneidet, Gefahr läuft, daß es dem neuen Staat unmöglich macht, sein eigenes Leben zu führen, denn es wäre so vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus der notwendigen Quelle seiner normalen Entwickelung beraubt.

Zudem sind die oben erwähnten Gebiete beinahe gänzlich von albanesischen Stämmen bewohnt. Die albanesische Nation hat in der Vergangenheit genügend Proben von der Großzügigkeit ihrer politischen Auffassung gegeben. Das nationale Interesse überwiegt die religiösen Gesichtspunkte, die bei den Nachbarvölkern die Quelle von so viel Streit und Zank bilden. Die beste Probe von der liberalen Haltung der Albanesen gegenüber den Nachbarvölkern ist das Vertrauen, das ihnen vom kutzowalachischen Element entgegengebracht wird, und das jetzt seinen Ausdruck darin findet, daß die kutzowalachische Bevölkerung den Wunsch äußert, ihr politisches Leben mit der Zukunft Albaniens zu verknüpfen.

Die rumänisch-bulgarischen Verhandlungen.

Paris, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Die Schwierigkeiten einer Einigung zwischen Rumänien und Bulgarien treten immer deutlicher zutage. Die Rumänen machen ihre Ansprüche mit der Begründung geltend, daß die Balkanverbündeten ihre Gebietsvergrößerungen nie erlangt hätten, wenn Rumänien sie nicht hätte gewähren lassen. Da die Enthaltung Rumäniens eine Hauptursache der Erfolge der Balkanier war, scheint es billig, dem Nachbarstaate für seine Neutralität jetzt Entschädigungen zu gewähren.

Auf diese Argumentation erwidern die Bulgaren: Rumänien hat in den Krieg nicht eingegriffen, weil es glaubte und hoffte, wir würden geschlagen werden. Es hat seine Sympathien für die Türken nicht verhehlt. Es hat den Durchgang des Kriegsbedarfes für die Türkei durch Rumänien gestattet. Hätten die Türken uns geschlagen, so würde Rumänien sich ohne Zweifel eines Teiles unserer Gebiete bemächtigt und von den Türken eine Entschädigung für seine Neutralität verlangt haben. Wir sind also tatsächlich quitt. Da wir indessen mit Rumänien auf freundschaftlichem Fuße leben wollen, sind wir dennoch bereit, ihm eine kleine Grenzberichtigung zuzugestehen.

Das erste Anerbieten, das Herr Danew in dieser Hinsicht bei seinem Besuche in Bukarest machte, wurde von Rumänien als völlig ungenügend bezeichnet. Bulgarien wird nun ohne Zweifel mehr anbieten, und auf Grund des neuen Angebots werden sich Verhandlungen einleiten lassen. Auf beiden Seiten herrscht jetzt guter Wille und die Hoffnung, zu einer Verständigung zu gelangen. Man glaubt, daß Rumänien auf der Abtretung von Silistria bestehen wird, und es ist möglich, daß Bulgarien sich zu diesem Opfer entschließt.

Petersburg, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Der „Now. Wr." wird aus Belgrad gemeldet, Rumänien habe an der bulgarischen Grenze achtzig Bataillone mobilisiert.

Zur inneren Lage in der Türkei.

Konstantinopel, 3. Januar. Die seit einigen Tagen umlaufenden Gerüchte über eine bevorstehende Ministerkrisis oder über Meinungsverschiedenheiten im Schoße des Kabinetts werden offiziell in Abrede gestellt. Aus jungtürkischen Kreisen verlautet, daß das Komitee vor dem Friedensschlusse nichts unternehmen werde.